

Bonn, Montag 9. Oktober 1972

Sprecher: Barzel, Bewerunge, [Bilke], [Blüm], Dregger, Echternach, [Erhard], Gradl, von Hassel, Hasselmann, [Hennig], [Kiep], Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Lampersbach, Langguth, Lemke, [Lorenz], [Müller-Hermann], [Schröder], Stoltenberg, [Vogel], von Weizsäcker, [Wex], Windelen.

Vorbereitung des Parteitags. Wahlkampfkoordination. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Barzel: Meine Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne unsere Bundesvorstandssitzung. Ich hoffe, daß Ihre Stimmung so gut ist wie die des Vorsitzenden und daß das alles sich niederschlägt auf die gute Stimmung im Lande und von diesen drei Tagen noch potenziert wird. Das ist ja wohl auch Zweck dieses hervorragenden Parteitages.

Nun möchte ich also ganz kurz einen herzlichen Glückwunsch an unseren Freund Lemke zu seinem 65. aussprechen. (*Beifall.*) Bleiben Sie gesund und munter und helfen Sie unserer Sache weiter.

Ich hoffe, daß wir in den Landesverbänden nur mit mittelschweren Verwundungen die Kandidatenaufstellung hinter uns gebracht haben. In einigen Verbänden ist das doch etwas schwieriger. Ich werde zur Verfügung stehen, um bei den Landesvorständen in diesen Tagen mit denen zu sprechen, die dort vielleicht durch den Vorsitzenden und durch die Ehrenvorsitzenden angesprochen werden sollten, und ich denke, Sie werden mich auch ermächtigen, dafür zu sorgen, daß wir in der einen oder anderen Weise mehr tun, was offenkundig notwendig ist, ohne daß ich das hier im einzelnen darzutun brauche.

Eine letzte Bitte von mir, noch einmal, wenn Sie heute abend Ihre Kollegen aus den Landesverbänden sehen, darauf hinzuweisen, in welcher besonderen Weise unser Programm zustande gekommen ist, daß dies eine Verabredung zweier Parteien ist, ein Regierungsprogramm, daß dies ein Exzerpt ist aus unserem Grundsatzprogramm. Ich will heute in meiner Rede deutlich machen, daß wir ein gutes Programm verabschiedet haben. (*Starke Unruhe.*) Laß' die Jungs doch Marx lesen, und wenn sie sich zum Tyrannenmord bekennen, haben wir das früher auch gemacht. Dann bitte ich daran zu denken, daß das hier zunächst eine Stunde dauern kann, da wir pünktlich drüben sein wollen. Ich bitte nun den Generalsekretär, das Wort zu nehmen.

VORBEREITUNG DES PARTEITAGS

Kraske: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, meine lieben Kollegen, ich glaube, daß wir einen vorzüglichen Parteitag bekommen. Aber es gibt ein paar Probleme vorher zu klären, und es gibt außerdem einen Wahlkampf, vor dessen weiterem Verlauf wir uns nicht mehr sehen. Auch dazu sollten wir heute morgen vielleicht ein paar Worte sagen. Darf ich, möglichst im Telegrammstil, einzelne Punkte aufrufen?

Erster Punkt: Grußworte. Wir erleben es zum zweiten Mal innerhalb der CDU, daß einer unserer ausländischen Gäste erklärt, wenn ein anderer unserer ausländischen Gäste spräche, würde er den Saal verlassen. Ich habe das vor einem Jahr als Nicht-Beteiligter an der Organisation des Parteitages schon wirklich für einen ziemlich ernsten Verstoß gegen Grundregeln der Gastfreundschaft gehalten. Meine Meinung wäre, daß wir Herrn Rumor, um den es hier geht, ganz klar sagen, Gastworte werden bei der Eröffnungsveranstaltung gehalten. Es spricht ein Gastwort der Präsident der Christlich Demokratischen Parteien und der Sprecher der Konservativen Parteien, und wem das nicht gefällt, der muß dann die Konsequenzen daraus ziehen, die er für richtig hält. Die Vorlage unseres Auslandsbüros, die ich gestern abend bekommen habe, läuft eher auf Defensive und Kompromiß wie vor einem Jahr, daß man nun dieses konservative Ärgernis aus dem Verkehr zieht und dann erst heute nachmittag oder morgen früh sprechen lassen will. Ich möchte gerne den in unserem Präsidium dafür Zuständigen, unseren Bundestagspräsidenten, um seine Meinung bitten, ich glaube aber, das ist wichtig genug, daß wir das hier entscheiden.

Von Hassel: Ich würde persönlich dafür plädieren, daß der Vorsitzende, also der Präsident der Europäischen Christlichen Demokraten (*Zwischenruf:* Herr Rumor!) und daß dann danach der Vertreter der Konservativen Parteien das Wort nimmt.

Kraske: Herr Rumor will weggehen, wenn in der gleichen Sitzung der Vertreter der Konservativen Parteien spricht. (*Von Hassel:* Das halte ich für ganz ausgeschlossen.) Sie sind also der Meinung, es wird angekündigt: Es sprechen für die EUCD Herr Rumor und anschließend ein Vertreter der eingeladenen Konservativen Parteien, das ist der Generalsekretär der Konservativen Partei Dänemarks¹, nach dem EWG-Beitritt Dänemarks, glaube ich, der richtige Ansatz. Gut! (*Zwischenruf:* Heute morgen dann?) Heute morgen. (*Zwischenruf:* Ja, und wenn der nun rausgeht?)

Barzel: Das nützt uns doch überhaupt nichts! Wir wollen einen Parteitag und eine Wahl gewinnen, und es völlig gleichgültig, was mit Rumor und mit dem Dänen jetzt ist. Soll der eine vormittags und der andere nachmittags sprechen, das sind eben zwei verschiedene Sitzungen, so haben wir das in Saarbrücken auch gemacht. (*Unruhe und Diskussion.*)

Kiesinger: Das ist der alte Gegensatz, der nun mal leider besteht, die Partei der Democrazia Cristiana ist eben nicht identisch mit uns, das wissen wir seit Jahr und Tag, es haben sich Freundschaften nach der einen wie nach der anderen Seite entwickelt.

1 Kai Aage Ørnkov (geb. 1929).

Wir können uns von denen nicht terrorisieren lassen, ich kenne die Art von Herrn Rumor, der macht da vielleicht nur eine Pflichtübung, er wendet sich von der Geschichte ab. Ich glaube nicht, daß er gehen wird.

Von Hassel: Darf ich doch noch mal was sagen? Rumor ist gekommen, auf dem Wege einzutreten für ein gewisses Engagement mit den Konservativen. Also wenn wir es so regeln können, daß der eine vormittags, Rumor, und der andere nachmittags spricht, bin ich einverstanden.

Kraske: Gut, dann werden wir das mit technischen Gründen des Ablaufs begründen, aber, Herr von Hassel, ich finde, daß wir das das nächste Mal vor Beginn eines solchen Parteitages klären sollten, denn dieser Rücktritt ist für uns als Gastgeber wirklich ziemlich unmöglich.

Zweiter Punkt: Wir haben nach dem vorliegenden Programm vorgesehen, daß wir die Mittagspause um 13.00 Uhr haben und daß wir dann um 15.00 Uhr mit der zweiten Plenarsitzung beginnen. Ich fürchte, daß wir die Mittagspause nicht wesentlich verkürzen können, weil hier 2.000 Leute auf begrenzte Lokalkapazitäten treffen. Ich bitte nur darum, daß wir, falls die Vormittagssitzung, was ich für möglich halte, vor 13.00 Uhr beendet ist, die Nachmittagsitzung entsprechend früher einberufen, weil wir nachmittags zeitlich sehr in Bedrängnis kommen. (*Diskussion um den Zeitplan.*) Gut, der Vorstand ist der Meinung, daß wir in jedem Falle bei 15.00 Uhr bleiben. Es gibt dann in jedem Falle eine sehr verkürzte Diskussion heute Nachmittag, das müssen wir dann in Kauf nehmen. (*Unruhe und Diskussion.*)

In unserem Programm steht für den Nachmittag als letzter Punkt „Allgemeine Aussprache“. Das bedeutet, daß diese Aussprache sich nicht nur an den Zwischenbericht der Grundlagenkommission von Herrn von Weizsäcker anschließt, sondern daß diese allgemeine Aussprache den ganzen heutigen Tag einbezieht. Das heißt also die Rede des Vorsitzenden und den Bericht des Generalsekretärs. Für diese allgemeine Aussprache hat sich schon vorab Herr Dr. Dregger zu Wort gemeldet, weil das Thema „Innere Sicherheit“ wegen des weiten Bogens der Gesamthematik am Dienstag nicht eigens aufgeführt werden kann. Ich schlage vor, daß wir um so mehr diese Aussprache am Nachmittag ein bißchen gliedern und daß das Präsidium des Parteitages nach den vorliegenden Wortmeldungen dafür einen Vorschlag macht, damit in dieser Nachmittagsdiskussion nicht Beiträge zum Bericht der Grundsatzkommission und Beiträge zum Thema Wahlkampfführung, Parteilarbeit ständig und munter durcheinander gehen. Aber das wird man endgültig wahrscheinlich erst sehen können, wenn nach allen drei Berichten und Referaten die Wortmeldungen beim Präsidium vorliegen.

Für diese Aussprache am Nachmittag steht die Zeit zur Verfügung bis maximal 19.00 oder 19.30 Uhr. Das heißt also, wenn wir am Nachmittag ein Grußwort noch hören, können wir sicher nicht ganz pünktlich um 15.00 Uhr anfangen, daß wir etwa um 17.00 Uhr mit den Berichten und Referaten fertig sind und dann 2 bis 2 ½ Stunden für diese Diskussion Zeit haben. (*Von Weizsäcker:* Ist 19.00 Uhr verbindlich oder können wir darüber hinaus?) Wir können darüber hinaus. Ich würde sagen, das haben wir auch bei der letzten Vorstandssitzung schon angekündigt, daß wir am Montag mit open end diskutieren müssen. Natürlich werden einige Verpflichtungen haben, aber

ich glaube nicht, daß wir deswegen das Plenum abbrechen sollten. (*Unruhe und Diskussion.*)

Für die Diskussion am Dienstag stehen in den einzelnen Abteilungen, also in den drei Bereichen einschließlich der Eingangsreferate, zwei bis maximal vier Stunden zur Verfügung. Der zunächst von uns angesteuerte Zeitplan sieht etwa folgendermaßen aus: Beginn 9.00 Uhr mit dem ersten Thema „Stabilität und Soziale Marktwirtschaft“, Beginn 11.00 Uhr, spätestens 11.30 Uhr mit dem zweiten Bereich „Reformpolitik der Vernunft“ und dann am Nachmittag, Beginn 16.00 Uhr, spätestens 17.00 Uhr mit dem dritten Thema „Außenpolitik“. Wir müssen in dem zweiten Bereich, „Reformpolitik der Vernunft“, wahrscheinlich am meisten Zeit vorsehen, weil es hier ja eine ganze Fülle von Einzelthemen gibt, die hier behandelt werden müssen, von der Vermögenspolitik über die Agrarpolitik bis zur Bildungspolitik. Das bedeutet, daß wir uns in allen Bereichen straffen müssen. Das bedeutet, daß wir die Diskussionsbeiträge kurz halten müssen. Und das bedeutet, daß ich die ausgedruckten, im Programm bereits angekündigten Redner gebeten habe, ihre Redezeit bei dem ersten Redner in jedem Falle auf 30 Minuten und bei dem zweiten in jedem Falle auf 20 Minuten zu beschränken, weil sonst für eine Diskussion überhaupt kein Platz ist. (*Unruhe und Diskussion.*)

In der ersten Abteilung, „Stabilität und Soziale Marktwirtschaft“, werden, wie ich denke, außer Herrn Strauß und Herrn Narjes Herr Professor Zeitel sprechen, Herr Dr. Schäfer, der Vorsitzende unseres zuständigen Parteiausschusses, und, wie ich sicher annehme, es ist hier noch nicht besprochen worden, unser Freund Gerhard Stoltenberg. (*Zwischenruf: Wo ist er denn?*)

Kohl: Darf ich mal kurz eine Frage bei der Gelegenheit stellen? Das sind doch zum großen Teil nicht die Mitglieder. Das sollte doch eigentlich der Parteitag ihrer Präsentation sein. Für Stoltenberg entsteht ein ähnliches Problem wie bei dem nächsten Kapitel für mich. Ich bin eigentlich hierher gegangen in der Meinung, zu denen zu gehören, die jetzt vor allem hier präsentiert werden sollten vor der Wahl, und dann gibt es noch ein paar, Herr Kraske, das müssen Sie sehen, die aus dem Forum heraus sich einfach melden. Wir können ja nicht nur da eine gestellte Schau abziehen, sondern es muß doch einfach in den Wortmeldungen deutlich werden, daß noch der eine oder andere sich zentral zu einem Thema meldet. Das sieht viel besser aus, als wenn versucht wird, auf die elegant diplomatische Weise das vom Tisch zu fegen und die Redezeit zählen. Also ich fange schon an, meine Zweifel zu haben, wie das morgens mit den 40 Minuten auskommen soll. Deswegen bin ich dafür, daß man zunächst einmal festlegt – das können wir doch machen –, wer aus der Regierungsmannschaft insgesamt unter allen Umständen präsentiert werden soll und auch in der Regel diesen vorzuziehen ist. Ich meine nämlich, es müssen hier eine ganze Reihe, die hier nicht aufgeführt werden, aber in bestimmten Abteilungen der CDU-Politik mitwirken, doch hier auch sprechen.

Barzel: Ja, das wird ein Bruch in unserer Wahlkampfstrategie sein, wenn die Herren Ministerpräsidenten nicht sprechen. Ich möchte Sie sehr herzlich einladen, sich eine Stelle der Debatte auszusuchen, in der Sie das Wort nehmen.

Kohl: Das kann man ja machen, aber man muß doch andere auch hören, die hier

genannt werden für bestimmte Ämter. Denken Sie nur an die Landwirtschaft beispielsweise, die müssen sich doch präsentieren auf so einem Parteitag. Wenn, dann muß man mal darüber nachdenken, was das zeitlich ausmacht.

Kraske: Herr Kohl! Dies exakt ist natürlich vorgesehen, daß alle Mitglieder der Mannschaft und daß die Experten der Fraktion, die ja auch in der künftigen Fraktion sein werden, hier sozusagen gesetzte Redner sind und daß Delegierte, die sich zu Wort melden, so weit wie möglich mit berücksichtigt werden. Meine Bitte ist, daß die Mitglieder der Mannschaft im weiteren Sinne, also einschließlich der Ministerpräsidenten, sich hier beteiligen und meine Bitte an Sie, Herr Stoltenberg in diesem ersten Kapitel, und an Sie, Herr Kohl im zweiten Kapitel, ist, daß Sie sich womöglich bereit halten, um als letzter in dieser jeweiligen Abteilung zu sprechen, weil das nämlich ungeheuer wichtig ist, daß nicht als letzter irgendein Zufallsdelegierter spricht und dann der Präsident sagt: „So und nun gehen wir zu dem nächsten Kapitel“, sondern daß dieses Kapitel wirklich abgeschlossen wird und daß die Diskussion zusammengefaßt wird.

Stoltenberg: Also dem Wunsch, der heute noch mal von unserem Vorsitzenden ausgesprochen wird, daß die Ministerpräsidenten reden, werden wir dann sicher selbstverständlich als Mitglieder des Präsidiums entsprechen. Nur wann und wo und zu welchem Thema, das möchte ich mir nun ein bißchen offenhalten. Ich kenne die Reden nicht, die gehalten werden. Die Reden können so hervorragend sein, daß alle wesentlichen Aussagen, die ich selbst zu dem Thema im Kopf habe, dort bereits klargemacht sind. In dem Falle würde ich es nicht für richtig halten, wenn Herr Kohl zum einen oder ich zum anderen oder Herr Filbinger zum dritten Thema sozusagen nur noch mal eine Zusammenfassung dessen bringen, was bereits viel besser gesagt wurde. Das halte ich nicht für richtig. Also, ich werde da reden, aber wann und wo, das möchte ich mir, Herr Generalsekretär, ein bißchen vorbehalten. Denn wenn ich da eine Zusammenfassung geben soll von Dingen, die alle schon sehr gut gesagt sind, werde ich mein Bedürfnis zu reden, gerne an diesem Punkte zügeln und vielleicht über etwas ganz anderes reden, wo die sagen: „Das hätten wir gar nicht gedacht, daß der auch wie Barzel redet!“ (*Große Heiterkeit und Unruhe.*)

Kraske: Können wir dieses nur im Zuge der Entwicklung ein bißchen miteinander abstimmen, weil wir sonst wirklich in Schwierigkeiten kommen.

Stoltenberg: Ohne Kenntnis der Referate können Sie das vorher nicht.

Dregger: Es wäre für das Tagungspräsidium sicherlich eine Erleichterung, wenn etwas vorüberlegt würde, wer von den Führungsmannschaftsmitgliedern wo spricht und das ein bißchen aufteilt. Das könnte doch geschehen. Ich finde das sehr vernünftig, was Herr Kohl angeregt hat.

Kraske: Also nach unserer Vorstellung sollte aus der Mannschaft im weiteren Sinne in dem ersten Bereich „Stabilität durch Soziale Marktwirtschaft“ in jedem Falle Herr Stoltenberg sprechen. In dem zweiten Teil, „Reformpolitik der Vernunft“, muß zur Agrarpolitik gesprochen werden, Herr Kollege Bewerunge; zur Eigentumpolitik muß gesprochen werden, Herr Burgbacher und Herr Pieroth²; zur Rechtspolitik muß

2 Elmar Pieroth (geb. 1934), Diplom-Volkswirt; 1965 CDU, 1969–1981 MdB, 1981–1989 Sena-

gesprochen werden, Herr Vogel und Carl Otto Lenz; zur Verkehrspolitik muß gesprochen werden, Müller-Hermann; zur Bildungspolitik muß gesprochen werden, hier steht als Vorschlag Bernhard Vogel und Langguth. Das sind die Bereiche dann. Der letzte Bereich, der her aufgeführt war, ist die Wirtschaftspolitik. Hier ist aber noch keine Klärung erfolgt, wer von den Leuten da ist. (*Diskussion über die Verteilung der Redner.*)

Ich komme zurück auf das, was ich in der vorletzten Vorstandssitzung gesagt habe. Wenn wir das alles im Plenum behandeln, dann zwingt es uns, erstens die Diskussionsbeiträge sehr kurz zu halten und zweitens sich im wesentlichen auf den Kreis der Mannschaft, Vorstand- und Fraktionsspitze, zu beschränken. Ein Tag ist nicht länger als von morgens 9.00 bis abends 19.00, und wenn da alle Themen untergebracht werden sollen, dann ist das die Quadratur des Kreises. Daran müssen wir uns halten. (*Unruhe.*) Das ist jetzt gut.

Dann komme ich zum dritten Thema, „Sicherheit und Freiheit“. Sie wissen, Einleitung durch Herrn Schröder und Herrn Wörner. Hier sollte der Kollege Kiep zur Entwicklungspolitik sprechen; hier sollte der Kollege Marx sprechen zur Deutschlandpolitik, wo bei mir hier der Name Gradl steht. (*Windelen: Darf ich mich hier ...*) Entschuldigung, Herr Windelen. Steht hier auch ausdrücklich: Windelen. (*Windelen: Ich würde gerne ein paar Worte über Berlin sagen, ganz kurz. – Diskussion über die Redner.*) Ist klar, Lorenz. Ja! Es gibt aber jemanden, der das außer mir auch aufschreibt.

Ich schlage vor, daß wir bis zum morgigen Tage mit den einzelnen hier Vorgesehenen das noch abstimmen. Zum Teil ist diese Abstimmung bisher erfolgt, aber da manche auch schon im Wahlkampf sind, was ich begrüße, war es noch nicht in jedem einzelnen Falle möglich, z. B. in Ihrem, diese Abstimmung vorab vorzunehmen. Aber darf ich Sie alle bitten, die Sie hier als Redner anwesend sind, für Ihre Person wirklich sich auf Diskussionsbeiträge zu beschränken von maximal zehn Minuten, weil wir sonst einfach nicht durchkommen mit dem Programm und auch auf Delegierte, die Sie kennen und die sich zu Wort melden, einen entsprechenden wohlthätigen Einfluß auszuüben. Herr Dr. Kohl ergänzt freundlicherweise: „Sagen Sie fünf bis zehn Minuten!“ Ich nehme das besonders gerne auf.

Darf ich zum nächsten Punkt kommen und Sie auf den Dienstagabend, auf den Empfang morgen, hinweisen und Sie, wie schon bei unserer letzten Sitzung, alle bitten, an diesem Empfang teilzunehmen und diesen Empfang nicht nur zu unserer und Ihrer eigenen Erbauung und Unterhaltung zu benutzen. Ich glaube, wir haben 800 bis 1.000 Journalisten hier und bei diesem Empfang, so daß eine hervorragende Gelegenheit gegeben ist, die Journalisten und unsere übrigen eingeladenen Gäste an diesem Abend ein bißchen zu betreuen. Die Mitarbeiter unserer Presseabteilung werden sich erlauben, im Laufe des Abends den ein oder anderen von Ihnen gegebenenfalls auch mal

tor für Wirtschaft und Arbeit in Berlin, 1987–1993 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung.

persönlich unter den Arm zu nehmen und irgendwo hinzugeleiten, wo dringend eine Bestückung durch uns erforderlich ist. Ich wäre dankbar, wenn Sie das dann unterstützen würden.

Letzter Punkt: Ich höre, mit einem besonderen Dank an unseren Kollegen Norbert Blüm, daß inzwischen nur noch eine Entschließung vorliegt. Diese Entschließung ist im ziemlich letzten Augenblick aus dem Landesverband Hamburg gekommen und betrifft die Lage der Werften.³ Da darf ich sicher mit Ihrer Unterstützung einen herzlichen Appell an unsere Kollegen aus Hamburg richten, daß niemand von uns die Notlage der deutschen Werftenindustrie unterschätzt. Wenn wir aber diese eine Entschließung machen, bekommen wir sofort einen Antrag zur Energiepolitik, zur Landwirtschaft und zu vielen anderen Bereichen, so daß ich sehr dankbar wäre, wenn wir uns verständigen könnten, daß dieser Antrag dem Parteivorsitzenden und künftigen Bundeskanzler und der nächsten Regierung, dem Vorstand, zugewiesen wird und wir ihn nicht auf dem Parteitag unter Kollegen diskutieren.

Barzel: Ich höre eben, daß ein jüngerer Kandidat die Absicht habe, auf dem Parteitag zu verlangen, offenbar jetzt bald, daß wir das Programm doch möglichst heute vorlegen, damit es dann auch diskutiert und Punkt für Punkt auseinandergenommen werden kann. Ich habe zwar nichts dagegen, weil ich annehme, daß wir uns mit der Mehrheit dann in jedem Punkt durchsetzen werden. Aber da wäre die ganze Ansage zwischen CDU und CSU einschließlich der letzten Tage dann natürlich durcheinander. Wir wollen doch gerade bei uns ein Stück Geschlossenheit signalisieren.

Echternach: Herr Dr. Barzel, es ist natürlich bedauerlich, daß wir als Mitglieder des Vorstandes dieses Regierungsprogramm bisher nicht kennen und daß es immerhin verabschiedet worden ist von einem Kreis, von dem ich nicht weiß, wie er sich genau zusammensetzt. Ich hätte nichts dagegen, wenn man wüßte, was da drin steht. (*Zwischenruf:* Vertrauen ist das meiste! – *Unruhe.*)

Barzel: Herr Echternach, ich habe in den beiden letzten Sitzungen des Parteivorstands mehr als das Gerüst, den wesentlichen Inhalt vorgetragen. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir aus den Grundsatzprogrammen zweier Parteien und aus den vorliegenden Anträgen einer gemeinsamen Bundestagsfraktion ein gemeinsames Regierungsprogramm machen. Dieses Regierungsprogramm hat früher auch nur der engsten Fraktionsführung, der engsten Parteiführung, vorgelegen. Und hier haben wir uns die Mühe gemacht, zwei Tage und in vielen Kommissionen eine verbindliche Aussage zu erarbeiten. Es ist an keiner Stelle ein Abweichen etwa von Programmen, die wir beschlossen haben. Man kann das alles ändern, nur der Witz der Sache ist doch, daß wir Mittwoch auf dem Parteitag mit einem Text kommen, von dem wir sagen, wir brauchen uns nur zu melden, dann wird man denselben Text angereichert unter Zahlenmaterial im Deutschen Bundestag nachlesen können. Mir ist das völlig wurscht, Sie

3 Die Werftindustrie war durch die japanische Konkurrenz in Schwierigkeiten geraten und hatte sich im Frühjahr 1972 an die Bundesregierung gewandt, allerdings erst im September 1972 die Aussicht auf höhere Subventionen erhalten („Die Zeit“ vom 8. September 1972).

können den Text von mir aus morgen haben, nur dann passiert folgendes: Dann wird Antrag auf Antrag mit erbarmungsloser Mehrheit abgewürgt, weil wahrscheinlich die Argumente überlegen sind.

Echternach: Ich hatte konzediert, daß das ein relativer Demokratisierungsprozeß ist, aber ich meine, es wäre doch auch für die Mitglieder des Vorstandes nicht uninteressant zu wissen, was am Mittwoch verkündet wird im Namen der beiden Parteien. Nun ist die Frage, ob nicht Mitgliedern des Bundesvorstandes dieses Programm einmal zur Kenntnis gegeben werden könnte.

Barzel: Herr Echternach, ich habe in der vorletzten Sitzung des Parteivorstandes sicherlich 25 Minuten vorgetragen. (*Echternach:* Dann ist es doch im Wortlaut positiv, die Auswahl ist sehr entscheidend, was kommt. Sind die Forderungen von Düsseldorf etwa hier enthalten?) Es ist vorgetragen worden. Das hat es niemals gegeben.

Lemke: Ja, Herr Echternach, ich möchte sagen, wir haben uns wirklich mit diesen Problemen in ein bis zwei Sitzungen beschäftigt und sind nach vielen Überlegungen dazu gekommen, es so offen zu lassen. Wenn dieses Programm oder diese Abfolge durcheinander geworfen wird, dann haben wir einen unerfreulichen Parteitag. Wir haben uns alle im Vorstand dafür stark gemacht, daß wir in unseren Landesverbänden dafür sorgen wollten, daß das so abläuft. Bei aller Freundschaft und Nachbarschaft, es geht einfach nicht, das heute alles umzuwerfen, dann muß eben der Antrag von einem, weiß nicht, von mir gestellt werden, diesen Antrag abzulehnen. Dann ist natürlich der Fall da, aber er ist nicht so schlimm, als wenn wir dann das ganze Programm, das eben so aufgebaut ist, wie unser Vorsitzender sagt, durcheinanderwerfen.

Kraske: Herr Vorsitzender, wir haben für den Parteitag noch eine weitere Frage hier zu entscheiden, von mir aus ist das die einzige Formalie, die wir zu erledigen haben, nämlich die Frage eines neuen Bundesparteigerichtes. Es wird dafür vorgeschlagen, für die Legislaturperiode den bewährten Vorsitzenden des bisherigen Parteigerichtes, unseren Freund Staatssekretär a. D. Barth wiederzuwählen und weiterhin zu wählen als ordentliche Mitglieder Frau Dr. Becker-Döring, Herrn Dr. Kanka, Rechtsanwalt Siebeke und Herrn Landrat Wolf und zu stellvertretenden Mitgliedern Rechtsanwalt Dr. Burchard-Motz⁴, Staatssekretär a. D. Gumbel, Kreisoberverwaltungsrat Dr. Walter Kiwit⁵, Rechtsanwalt Rudolf Luster⁶ und Landessozialgerichtspräsident Emil Scherer⁷. Diese Vorschläge sind mit den Landesverbänden abgestimmt. Zu den ordentlichen Mitgliedern zählen die bisherigen ordentlichen und stellvertretenden

4 Heinrich Burchard-Motz, Rechtsanwalt in Hamburg.

5 Dr. Walter Kiwit (geb. 1931), Jurist; ab 1971 Tätigkeit als Dezernent im Rhein-Sieg-Kreis, 1972–1992 Mitglied des Bundesparteigerichtes, 1977–1983 Kreisdirektor, 1983–1994 Oberkreisdirektor.

6 Rudolf Luster (1921–2000), Rechtsanwalt und Notar; 1945 CDU, 1950–1952 Vorsitzender der JU Berlin, 1952–1969 Vorsitzender des KV Berlin-Steglitz, 1955–1963 Senatsdirektor beim Senator für Inneres, 1967–1976 MdA, 1972–1984 Mitglied des Bundesparteigerichtes, 1976–1980 MdB, 1979–1994 MdEP.

7 Dr. Emil Scherer (1926–1989), Präsident des Landessozialgerichtes Rheinland-Pfalz; 1972–1988 Mitglied des Bundesparteigerichtes.

Mitglieder, die der letzten Legislaturperiode angehörten. Es sind ein paar ordentliche ausgeschieden, weil sie insbesondere inzwischen Mandate übernommen haben, die nach dem Parteiengesetz es nicht mehr wegen Inkompatibilitätsvorschriften zulassen, daß sie weiter dem Gericht angehören. Ich würde Sie bitten, diesem Vorschlag zuzustimmen. (*Unruhe. – Zwischenruf:* Ja, Herr Generalsekretär, ich möchte doch vorschlagen, Herrn Dr. Burchard-Motz zu streichen. Das ist mit uns nicht besprochen worden als Hamburger Vorschlag. Das ist ein Mann, mit dem Sie die Sitzungen des Parteischiedsgerichtes hier auf Bundesebene immer um mehrere Tage verlängern werden.) Oh, dann bin ich gleich auf Ihrer Seite! (*Zwischenruf:* Eben, da Sie doch daran interessiert sind, daß wir sicherlich in überschaubaren zeitlichen Dimensionen denken müssen.) Vielen Dank, ich habe mich hier auf einen Vermerk meiner Mitarbeiter verlassen, ich habe diesen Kontakt nicht selber hergestellt. Dürfen wir vielleicht mit Ihnen bis morgen hier noch einmal sprechen, wie weit womöglich schon mit dem Herrn Burchard-Motz gesprochen worden ist. Das müssen wir auch klären. Aber darf ich den Vorstand bitten, mit dieser Einschränkung von einer sich daraus eventuell ergebenden Änderung, dem zuzustimmen?

Gradl: Aus unseren Reihen ist angefragt worden, da gibt es einen Dr. Kessler⁸, Kämmerer aus Solingen, ein sehr ordentlicher Mann, der auch als Mitglied des Gerichts in Frage käme. Besteht da eine Chance dafür, wenn wir ihn nennen?

Kraske: Aber vorzüglich. Wir können das vielleicht dann austauschen. Ist Herr Scheib da? Herr Bilke, das müßte dann noch mal geklärt werden, inwieweit hier mit den Betroffenen gesprochen ist. Aber ich würde empfehlen, daß wir dann Herrn Dr. Kessler an die Stelle des Hamburger Vertreters setzen und sich Hamburg hier vertreten fühlt. Herzlichen Dank! (*Barzel:* Das fiel Herrn Echternach nicht leicht! – *Heiterkeit.*) Herr Vorsitzender, damit sind meine speziellen Parteitagspunkte beendet. Aber wir haben noch 20 Minuten Zeit. Ich würde gerne die Gelegenheit nutzen, nun ein wenig noch auf den Wahlkampf überzuleiten. Ich denke, das geht genauso schnell.

Echternach: Ich habe noch eine Formalie zu erledigen: Wahl des Parteitagspräsidiums. Ich weiß zwar, daß nicht alle unser Programm genauso freundlich beurteilen wie der Parteivorsitzende. Aber ich weiß nicht, ob es darauf zurückzuführen ist, daß erstmals die Junge Union im Präsidium mit vertreten ist seit vielen Jahren. Ich bin seit vielen Jahren nicht mehr aktiv in der Jungen Union, Herr Stoltenberg! (*Zwischenruf:* Hervorragend!) Ich würde deshalb vorschlagen, daß Herr Neumann⁹, der stellvertretende Bundesvorsitzende, das Parteitagspräsidium als Vertreter der Jungen Union komplettiert. (*Unruhe.*)

Kraske: Also, Herr Echternach, wir haben wirklich an dieser Stelle in der letzten Sitzung lange darüber debattiert und wir alle haben besten Glaubens, ich habe das so

8 Dr. Wolfram Kessler (geb. 1930), Jurist; 1950/51 Mitglied im Deutschlandrat der JU, 1959–1962 Referent beim Landkreistag Nordrhein-Westfalen, 1964–1976 Stadtkämmerer von Solingen (1974 auch Stadtdirektor), 1972–1976 Mitglied des Bundesparteigerichts, 1977–1981 Leiter des IFO-Instituts.

9 Bernd Neumann war von 1971 bis 1973 stv. Bundesvorsitzender der JU.

vorgetragen, Herrn Barschel¹⁰ als einen anerkannten Vertreter der Jungen Union angesehen. (*Diskussion.*)

Barzel: Meine Damen und Herren, nun wollen wir uns doch einen angenehmen Parteitag machen. Ich höre, Echternach macht den Vorschlag Neumann. (*Echternach: Ja! – Unruhe und Diskussion.*)

Kraske: Kein Problem, das muß nur vorgemerkt werden, vor allem für den Sprechzettel von Herrn Dr. Barzel.

Barzel: Den Namen kann ich noch alleine aufschreiben. (*Große Heiterkeit. – Zwischenruf: Ein Sprechzettel mit einem Namen!*) – Das Wort hat Herr Kraske!

WAHLKAMPFKOORDINATION

Kraske: Meine liebe Kollegen, Wahlkampf! Da das Präsidium durch die Änderung der Sitzung terminlich nicht hat tagen können, bitte ich um Nachsicht, wenn ich eine Frage hier behandle, die zunächst das Präsidium und dann den Vorstand betrifft. Das Präsidium hatte vor einem Jahr Sitzungstermine für dieses Jahr vorgesehen, die natürlich wie bisher die ganzen nächsten Montage erfaßt. Ich bin von mehreren Präsidiumsmitgliedern angesprochen worden, daß das ja wohl nicht möglich wäre, wenn man gleichzeitig einen intensiven Wahlkampf führen will, und wir haben in der Tat auch in früheren Wahlkämpfen Präsidium und Vorstand lediglich bei Bedarf zusammengerufen. Ich würde Ihnen vorschlagen als nächsten Termin den 29. Oktober, wo wir uns um 14.00 Uhr ohnehin alle in Dortmund treffen, und daß Sie mich ermächtigen, nach Rücksprache mit dem Parteivorsitzenden, für diesen Sonntag in Dortmund eine Präsidiumssitzung oder eine Präsidiums- und eine Vorstandssitzung vorzubereiten, etwa ab 11.00 Uhr unter Einbeziehung eines Mittagsimbisses. Dann können wir uns verständigen, dann sind wir 2 ½ Wochen weiter nach Abschluß des Parteitages, und wir können dann auch im Präsidium sehen, ob wir eventuell für den Montag vor der Wahl, das wäre der 13. November, noch einen festen Termin verabreden, um am Beginn der letzten Wahlkampfwoche in jedem Fall morgens noch einmal in Bonn zusammenzukommen.

Barzel: Ich bin damit völlig einverstanden, möchte noch auf folgendes hinweisen: Herr Kraske hat uns vorgetragen, daß er während des Wahlkampfs vormittags im Adenauer-Haus sei und jeden Tag um 12.00 Uhr Journalisten zur Verfügung stünde. Das bietet sich für uns dann an, daß wir zwischen 11.00 und 12.00 Uhr mit ihm oder einem Telefondienst in der Geschäftsstelle Kontakt haben können, um eine möglichst gleichgerichtete Aussage zu aktuellen Ereignissen zu machen. Außerdem gibt es ja jetzt im gelben Dienst eine Telefonnummer und ich würde sagen, unter uns die Kommunikation zwischen 11.00 und 12.00 via Büro Kraske/Hennig zu halten, damit wir unterein-

10 Dr. Uwe Barschel (1944–1987), Jurist; 1960 JU, 1962 CDU, 1967–1971 Vorsitzender der JU Schleswig-Holstein, 1971–1987 MdL Schleswig-Holstein, 1973–1981 Vorsitzender des KV Herzogtum Lauenburg, 1982–1987 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

ander Kontakt haben. Es passiert irgend etwas Neues, was in der Zeitung steht, wir halten nachmittags und abends die Reden, damit wir dann gleich hier richtig ungefähr uns verhalten können. Zum Beispiel wenn die den Generalvertrag fertig haben.¹¹

Kraske: Darf ich auf zwei weitere Punkte kommen? Das erste ist der Rednereinsatz, das zweite ist die Abgabe vor politischen Erklärungen. Zunächst zum Redeneinsatz.

Meine Damen und Herren, die Bilanz ist einerseits sehr positiv, andererseits leider recht negativ. Sie ist positiv, was den allgemeinen Fleiß angeht. Sie ist negativ, was die Bereitschaft angeht, wirklich eine systematische, zentrale Planung zu ermöglichen. Ich bin überzeugt, daß jeder hier Anwesende und alle Mitglieder vom Fraktionsvorstand und mancher im zentralen Rednereinsatz erfaßt sind, von jetzt bis zur Wahl jeden Tag reden und höchstens mal eine Verschnaufpause haben, um ihre Stimmbänder am Sonntag auszuruhen. Aber es ist leider keinesfalls so, daß von diesen Redeterminen der Bundesgeschäftsstelle zu deren Planung und Verfügung die nötige Anzahl zur Verfügung gestellt worden ist. Das heißt, daß wir in diesem Wahlkampf neben den schon durch die unerläßlichen Improvisationen auch noch alle Unausgegorenheiten haben, die dadurch entstehen, daß geschätzte Kollegen im Bundestag eine besondere Eigenart haben, sich Redner einzuladen, und eben so geschätzte Kollegen dazu weniger imstande sind. Darf ich Ihnen das an einem besonders exemplarischen Falle verdeutlichen: Unser Kollege Paul Lücke, dem wir alle wünschen, daß er mit einem großartigen Ergebnis in seinem Wahlkreis durchkommt, ist kein Bundesredner. Er ist also sechs Wochen lang alleine in seinem Wahlkreis engagiert und kann sich dort tummeln. Er hat einen sicheren Wahlkreis ohne eine besondere Fluktuationsziffer, und der Rednereinsatz, der sich durch Einzelverabredungen ergibt, sieht vor: Abendveranstaltungen mit Herrn Dr. Barzel, Herrn Schröder, Herrn Kohl, Herrn Köppler, Herrn Czaja und Herrn Müller-Hermann. Nachmittagsveranstaltungen mit Herrn von Hassel, Herrn Erhard, Herrn Gradl, Herrn Hupka, Frau Wex und Herrn Schulz¹². (*Starke Unruhe.*)

Meine Damen und Herren, es gibt andere Wahlkreise, wo die entsprechenden Kandidaten und Abgeordneten sich alleine auf die zentrale Zuteilung von Rednern verlassen haben und wo sie nur zwei Redner haben, und es gibt Fälle, wo die Kandidaten selber ihrerseits zahlreiche Termine draußen geben. Da man nicht alles auf einmal machen kann, hat es in den letzten Tagen vor dem Parteitag sowohl bei uns in der Organisationsabteilung als auch bei mir selber nicht die Möglichkeit gegeben, das jetzt Wahlkreis für Wahlkreis durchzugehen, das werde ich erst am Mittwochnachmittag machen können. Ich möchte nur hier von Ihnen gerne eine Ermächtigung bekommen, daß ich aufgrund dieser Prüfung mit einzelnen von Ihnen sprechen und sagen kann, wenn ich mich selber überzeugt habe, daß hier grobe Ungerechtigkeiten vorliegen: „Bitte gehen Sie nicht dahin, denn da sind schon die und die und die und die, sondern bitte gehen Sie statt dessen an eine andere Stelle.“ Sonst kommen wir hier wirklich nicht durch, wenn ich nicht auf diese Ermächtigung zählen kann, daß, wenn ich Sie

11 Zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages vgl. Nr. 26 Anm. 8.

12 Klaus-Peter Schulz. Vgl. Nr. 22 Anm. 7.

dann anrufe, was ich wirklich nur in brennenden Fragen tun werde, dabei auch Ihre Unterstützung finde. (*Zwischenruf: Das ist klar! – Beifall.*)

Barzel: Dem möchte ich zustimmen und dann Herrn Stoltenberg das Wort geben.

Stoltenberg: Ja, ich finde, wir sollten diesem Vorschlag selbstverständlich zustimmen. Wir haben jetzt nicht die Zeit, Herr Kraske, das Thema ausführlicher zu behandeln. Dazu wäre natürlich unter verschiedenen Aspekten Kritisches zu sagen unter Würdigung der großen Schwierigkeiten bei einem verkürzten vorgezogenen Wahlkampf. Ich will nur eines sagen: Wenn Sie noch mal prüfen, und das haben Sie angekündigt, muß natürlich auch berücksichtigt werden, daß eine so weitgehende Zentralisation des Rednereinsatzes in Bonn von unseren Referenten für jeden Bundesredner entschieden wird, nicht nur in welches Land er geht, sondern auch in welche Stadt oder welches Dorf will ich jetzt nicht sagen, aber Stadt er geht. Da sehe ich natürlich wieder große Probleme aufziehen, weil wir uns jetzt in der Lage befinden, angefangen von Terminen unserer ersten Spitzenredner, daß die nun zentral zugewiesen sind, nachmittags um 17.00 Uhr in die Stadt und nachmittags um 15.00 Uhr in die Stadt und am nächsten Tag da hin, mit dem Ergebnis, daß wir dort z. T. die Säle und Hallen effektiv nicht haben, während wir sie in der Nachbarstadt hätten. Und dies setzt also ein bißchen mehr, ich möchte mal sagen, Flexibilität voraus. Bei den Wahlkreisabgeordneten müssen Sie unterstellen, daß die alle rücksichtslos ihre Redner haben wollen. Bei den Landesverbänden können Sie natürlich unterstellen, daß die gegenseitige Kontrolle der Wahlkreise untereinander und auch ein bißchen die objektivierende Funktion der Landesvorsitzenden, in dieser Eigenschaft spreche ich im Augenblick, dafür sorgt, daß eine gewisse Flexibilität bei der Verteilung im Land nicht zu extremen Einseitigkeiten führt. Das wird von keinem Landesverband hingenommen. Da guckt jeder auf den anderen. Und dies ist also auch ein Punkt, den Sie bei Ihrer Überprüfung noch einmal im Auge haben sollten. Wir müssen eine gewisse Flexibilität haben im Hinblick auf die überhaupt zur Verfügung stehenden Lokale. Da läuft einiges ganz schlecht in den letzten Tagen.

Kraske: Herr Stoltenberg, ich bin Ihnen dankbar für Ihre einleitende Bemerkung. Wir müssen alle miteinander Verständnis dafür haben, daß in dieser Frage es in diesem kurzfristigen Wahlkampf ohne Koordination nicht abgeht. Ich werde in diesen Tagen nach dem Parteitag mich ganz intensiv selber um diese Frage kümmern, und ich hoffe, daß wir das dann im Rahmen des Möglichen hinbekommen. Aber da bitte ich dann von vornherein um Ihre Mithilfe und um Ihr Verständnis.

Kiesinger: Ja, darf ich dazu auch noch etwas sagen: Bitte verschaffen Sie sich doch einen genauen Überblick, welche Spitzenredner in den einzelnen Orten eingesetzt sind. Man kriegt so viele Bitten zu kommen, hat aber manchmal doch den Verdacht, daß da einige sehr emsige Leute im Eifer sich nicht so bemühen. Aber da muß Ordnung herein. Ich habe meine Termine. Wenn Sie mir aber sagen, in der Stadt sprechen bereits die, die, die, dann werde ich gerne zu Änderungen bereit sein. (*Unruhe und Diskussion.*)

Kraske: Herr Kiesinger, ich bedanke mich schon jetzt für Ihr Verständnis. Meine Damen und Herren, darf ich die letzten fünf Minuten benutzen für einen Appell, wo

ich von vornherein um Ihr Verständnis bitten muß. Das ist nicht so besonders geeignet, sich beliebt zu machen. Wir kommen über diese letzten sechs Wochen nur, wenn wir politisch auf einer klaren Linie argumentieren und wenn wir Individualitäten, sei es persönlicher Art, sei es aufgrund der Vereinigung, die hinter dem einen oder anderen steht, in diesen sechs Wochen zurückstellen. Meine Freunde, Sie werden mir nach einem Jahr enger Zusammenarbeit sicher glauben, daß ich nicht von Natur aus mich besonders vordränge. Aber wenn Sie nicht bereit sind, in den nächsten sechs Wochen politische Erklärungen, die über die Stellungnahme in Wahlreden zu aktuellen Fragen hinausgehen, nur dann abzugeben, wenn sie mit einer Zentrale abgestimmt sind, in ihrem Timing und in ihrem Inhalt, dann kann es nicht gutgehen, und diese Zentrale kann in den nächsten sechs Wochen nur Ihr Generalsekretär mit seinen Mitarbeitern sein, weil Fraktion und Vorsitzender ständig unterwegs sind.

Lassen Sie mich das an drei Beispielen erläutern, und Sie wissen, daß ich Ihnen gegenüber hier wirklich in persönlicher Freundschaft spreche. Erstens, wenn eine Nachrichtensprecherin¹³ in einer Fernsehanstalt für eine SPD-Wählerinitiative kandidiert, finde ich, sollten wir untereinander abstimmen, ob wir ihr vor den Bug schießen oder nicht. Lieber Freund Hasselmann, ich habe Sie immer für einen Preußen gehalten, aber da habe ich gemerkt, daß Sie ein Welfe offenbar sind, denn so schnell schießen die Preußen nicht. In dieser Frage meine ich, müssen wir (*Starke Unruhe*) berücksichtigen, daß es in diesem Bereich auch CDU-Leute gibt, von denen wir wollen, daß sie sich exponieren, und das verbauen wir uns durch eine solche Reaktion.

Zweiter Punkt: Am vorigen Freitag habe ich morgens die Nachrichten angestellt und die Zeitungen aufgeschlagen und festgestellt, daß an einem Tag, der nun ohnehin ein bißchen gefüllt war mit Nachrichten auf den Parteitag hin, nicht weniger als vier unserer Freunde sich programmatisch geäußert haben, nämlich Müller-Hermann zur Verkehrspolitik, Bewerunge zur Agrarpolitik, Lampersbach mit seiner Tagung zur Mittelstandspolitik und Rollmann zum Jugendprogramm.¹⁴ Ich lasse jetzt mal die Inhalte völlig weg, auch darauf könnte ich noch mal zurückkommen. Ich hätte mir gewünscht, daß wir das vorher hätten abstimmen und sagen können, bitte, Jugendpolitik am Montag nach dem Parteitag, Landwirtschaftspolitik am Mittwoch nach dem Parteitag usw. Hier gibt es noch eine Reihe von Themen, die wir behandeln können und

13 Wibke Bruhns (geb. 1938), Journalistin; 1962–1968 Redakteurin und Moderatorin beim ZDF-Studio Hamburg; 1971–1973 als erste Nachrichtensprecherin im deutschen Fernsehen Moderatorin der ZDF-Nachrichtensendung „Heute“, 1972 Mitarbeit in der Sozialdemokratischen Wählerinitiative, 1974–1988 Journalistin beim „Stern“ (1979–1988 Korrespondentin in Jerusalem und Washington), 1995–1998 Kulturchefin beim ORB. – Vgl. dpa vom 5. Oktober 1972 „Streit um Wibke Bruhns“; „Frankfurter Rundschau“ vom 7. Oktober 1972 „Hasselmanns Mattscheibe“.

14 „Die Welt“ vom 6. Oktober 1972 „Union schlägt Beauftragten für Verkehrssicherheit vor“. – „Westfälische Nachrichten“ vom 6. Oktober 1972 „CDU plant Hilfe für Landwirte“. – dpa vom 5. Oktober 1972 „CDU/CSU-Mittelstand gegen wettbewerbshemmende Konzentration“. Am 5. Oktober 1972 fand eine außerordentliche Delegiertentagung der Mittelstandsvereinigung statt. – „Münchener Merkur“ vom 7. Oktober 1972 „CDU-Kinderplan mit 45 Punkten“.

behandeln müssen. Denn unser Programm am Mittwoch ist ja nicht so detailliert, daß da schon alles drinsteckt. Aber wir bringen uns um die Wirkung, wenn wir es uns nicht ermöglichen, mit allen darüber zu sprechen, wie wir das meinen, so daß wir jede Woche zweimal hier einen Neuanstoß haben, um redaktionelle Nachrichten in die Presse zu bringen und um uns programmatisch hier deutlich zu zeigen.

Und schließlich als drittes, auch hier wirklich nur, um zu verdeutlichen, worum es gehen muß: In der Erklärung der Mittelstandsvereinigung¹⁵ höre und lese ich, so wie es wiedergegeben war, daß die CDU also dringend einträte für eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, um nämlich jede Form von Mitbestimmung aus Klein- und Mittelbetrieben herauszuhalten. Ich weiß nicht, ob dies eine Erklärung ist, wenn sie so abgegeben worden ist, die wir laufen lassen sollten, ohne daß darüber einmal gesprochen worden ist. Und wenn ich gleichzeitig, verehrter Herr Lampersbach, in Ihrer Zeitschrift einen engagierten Artikel lese über den Riesenerfolg des 624-Mark-Gesetzes¹⁶, ein Gesetz dieser Bundesregierung, mit großen Lobestönen für die Politik dieser Regierung und vor allem einen ersten Satz lese, daß dieser großartige Erfolg gegen die Notwendigkeit einer Zwangsregelung durch Gesetz spricht und wir auf einen Parteitag zugehen, wo Ihr und mein Vorsitzender mit unserer Billigung einen solchen gesetzlichen Entwurf vorschlagen und vertreten, den wir alle in unserer Bundestagsfraktion gebilligt haben, dann finde ich, daß uns dieses sechs Wochen vor der Wahl nicht gut ansteht. Ich nehme jetzt gar nicht zu dem sachlichen Hintergrund Stellung. Ich sage nur, meine Freunde, so geben wir dem stark angeschlagenen Gegner die Möglichkeit, sich wieder aufzurappeln, indem wir uns auseinanderdividieren.

Und deswegen mein dringender Appell, daß wir diese Sachen in den nächsten sechs Wochen wirklich unterlassen und daß wir uns über solche Dinge abstimmen, sowohl was unsere zeitliche Gliederung, als auch was ihren Inhalt angeht. Und bitte, nehmen Sie es nicht als Überheblichkeit, wenn ich sage, in diesen nächsten Wochen wird es nur eine Zentrale geben, die das kann und das bin ich! Aber auch ich, ich sage Ihnen das voraus, werde für Sie nicht in jeder Minute erreichbar sein, weil ich auch dann mal bei Journalisten bin, und Sie deshalb bitte, das dann auch mal zu deponieren bei Herrn Hennig oder bei Herrn Bilke. Es läuft bestimmt über meinen Schreibtisch, und ich werde bestimmt alles tun, damit Sie so schnell wie möglich eine Antwort und eine Stellungnahme bekommen. Meine herzliche Bitte, daß wir uns daran halten, sonst kann es nicht gut gehen. (*Beifall.*)

Barzel: Ich danke Herrn Kraske und unterstütze das.

Hasselmann: Meine Damen und Herren, es ist erfreulich, daß wir in diesem Plenum mit einer solchen Offenheit Kritik üben. Ich glaube, das ist gut. Und nun zur Sache: Wenn Sie die Wibke Bruhns in Oldenburg¹⁷ erlebt hätten mit ihren Aussagen als

15 Beitrag von Egon Lampersbach „Kampf der Auszehrung des Mittelstandes“ in „Der Mittelstand“ Nr. 9 (21. Jg.) vom September 1972 S. 5–10.

16 Vgl. Nr. 27 Anm. 30.

17 Eine der Eröffnungsveranstaltungen der Sozialdemokratischen Wählerinitiative am 3. Oktober 1972 (vgl. „Deutsche Zeitung – Christ und Welt“ vom 17. Oktober 1972 „Darf Wibke für Willy werben?“).

Nachrichtensprecherin, die leicht identifiziert wird mit der Anstalt, mit dem Hinweis: „Barzel und Strauß – um Jahre zurück“, mit dem Hinweis: „Seit drei Jahren ist das auch mein Staat“, mit der Aussage: „Der 20jährige Bruderkrieg in Deutschland ist jetzt beendet durch Willy Brandt“, dann können Sie nicht schweigen. Erstens! Zweitens, da ich ungenügend ins offene Messer laufe, lag mir der Beschluß vor von der Betriebsversammlung unter Vorsitz von Herrn Holzamer¹⁸ und unter Mitwirkung von Herrn Woller¹⁹. Sie können das heute im „Spiegel“²⁰ nachlesen, da bin ich bestimmt nicht dafür, daß man sich zurückhalten solle. Und das gilt für alle Seiten. Mit dieser Kritik an Wibke Bruhns ist die Möglichkeit gegeben, daß sich die Rechten jetzt entgegen dem Beschluß der Anstalt auch äußern dürfen, nämlich zu unseren Gunsten. Das haben sie ja bisher nicht gekonnt. Das war eine Abmachung. Die Abmachung ist gebrochen, und ich bin erstaunt, daß heute aus dem „Spiegel“ zu lesen ist, daß von dieser Absprache man selber in dem Hause abweicht wegen der Kritik an Wibke Bruhns. So kann man mit uns einfach nicht umgehen! Entweder es gilt eine Abmachung, dann gilt sie für alle, und diese Frage des Zurückziehens bis nach der Wahl ist dort voraus besprochen. Darauf basierte die Kritik, weil die erste, die ausbrach, Frau oder Fräulein Wibke Bruhns gewesen ist. Und aus diesem Grunde haben wir geschossen. Wir haben uns das sehr genau überlegt. Wenn wir den Beschluß nicht gekannt hätten, hätten wir auch nichts gesagt. Aber ich freue mich, daß das so oft angesprochen wird. Aber jetzt ist Schluß damit. Aber bei Günter Grass²¹ und solchen Dingen, wie wir sie da erleben, können wir nicht tatenlos zusehen, und es ist erfreulich, und die Anrufe, die ich bekommen habe, zeigen, daß dieser Schuß saß. Das war ein Torpedo mittschiffs. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Die ganze Mannschaft ist durcheinander geraten. Die andere Seite keift jetzt. Jetzt ist Schluß, es ist gesagt und damit ist der Fall ausgestanden. Und was den Hinweis von SPD-Journalisten des Norddeutschen Rundfunks in Hannover betrifft: „Bei Hasselmann – Ihr Dieter Thomas Heck²²“, wissen Sie, dann müssen wir Peter Frankenfeld²³ und Herrn Kühlenkampff²⁴ daneben stellen, dann ist die Sache Dieter Thomas Heck abgetan. Aber eine Nachrichtensprecherin ist etwas anderes als

18 Dr. Karl Holzamer (1906–2007), Philosoph und Pädagoge; 1946–1962 Professor an der Universität Mainz, 1962–1977 Intendant des ZDF. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 724 Anm. 33.

19 Rudolf Woller (1922–1996), Journalist (CDU); 1950–1962 parlamentarischer Korrespondent in Bonn für verschiedene Zeitungen, 1957–1962 Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten, 1962–1971 Leiter des Bonner ZDF-Studios, 1971–1976 Chefredakteur des ZDF.

20 Woller hatte entschieden, er könne niemandem das Recht auf freie Meinungsäußerung nehmen. Ob andere sich am politischen Engagement von Frau Bruhns stießen, sei eine andere Frage („Stuttgarter Zeitung“ vom 7. Oktober 1972 „Streit um Wibke“). – „Spiegel“ Nr. 42 vom 9. Oktober 1972 S. 18 „Popularität verpflichtet“.

21 Grass machte erneut mit der von ihm 1969 gegründeten Wählerinitiative mit Sitz in Bonn Werbung für die SPD. Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. September 1972 „Ritt auf der Schnecke gegen schwarze Bastionen“; „Spiegel“ Nr. 48 vom 21. November 1972 S. 48 „Fortan spricht der Wähler mit“.

22 Dieter Thomas Heck (geb. 1937), Showmaster und Entertainer.

23 Peter Frankenfeld (1913–1979), Showmaster und Entertainer.

24 Hans-Joachim Kulenkampff (1921–1998), Schauspieler und Entertainer.

ein Showmaster oder ein Quizmaster. Das war die Reaktion und damit ist es durch. Aber ich folge Ihrem Rat gerne und äußere mich zukünftig nach Absprache mit Ihnen.

Lampersbach: Zwei Bemerkungen, ich will hier nicht das Anschließen wieder zurückgeben, Herr Kraske. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß die Kommunikation leider nicht immer so durchführbar ist, wie das sicherlich notwendig wäre. Das sind Schwierigkeiten auf Ihrer Seite und Schwierigkeiten von uns. Ich wäre dankbar, wenn wir uns darüber einmal nach dem Wahlkampf verständigen können, weil sich da sicherlich manche Panne vermeiden ließe. Das zweite, in der Sache will ich hier nichts sagen. Nur ist es natürlich für mich etwas peinlich, im SPD-Langzeitprogramm – ich glaube es ist Ziffer 233²⁵ – zu lesen, daß die Mitbestimmung für Kleinbetriebe selbstverständlich überhaupt nicht diskutabel ist, das ist ein Tabu für die. Und wir selbst sollen dann nicht mal darauf verweisen können, daß wir uns auf die Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion zum BVG zurückziehen? Meine Damen und Herren, da habe ich bei allem, was Sie vorgetragen haben, kein Verständnis dafür, Herr Dr. Kraske! Wir können doch nicht sagen: „Das Gesetz ist verabschiedet, das bleibt in allen Zeiten so“, während unsere Freunde aus den Sozialausschüssen ihren Entwurf vorgelegt haben, der leider abgeschnürt worden ist. Ich glaube, wenn ich verlange, als Vereinigungsvorsitzender, daß wir eine Änderung anstreben, um auf unseren Gesetzentwurf zurückzukommen, gleichgültig, wie wir innerparteilich hier so dazu stehen, dann ist das eine durchaus vertretbare Sache. Wir können nicht zu den heißen Eisen schweigen, die bei uns sehr, sehr viel härter diskutiert werden. Und ich bin jedenfalls leider nicht in der Lage, jeden Artikel zu lesen, der in Organen oder sonst wo immer erscheint. Ich habe gestern auch übereinstimmend festgestellt – wir waren, glaube ich, die einzige Vereinigung, die getagt hat –, daß kein Dissens innerhalb der Partei zwischen Sozialausschüssen und Mittelstandsvereinigung besteht, sondern, daß eine einheitliche Meinung zum Programm „Wir CDU – Berliner Programm“ zur Debatte steht.

Langguth: Nur eine kurze Anmerkung: Die Warnung vor allzu starken Individualitäten ist natürlich richtig. Die Frage ist nur die, wenn bestimmte Äußerungen, wie sie dann von der CSU kommen, hier getan werden, dann würde ich dringend darum bitten, daß mit allem Nachdruck von Ihrer Seite bestimmte Äußerungen, die im „Bayernkurier“ stehen – Vergleich Brandt/Hitler²⁶ – ebenfalls unterlassen werden, denn ich möchte wissen, wie wir dann im Wahlkampf, wenn wir in Juso-Zeitungen einen Vergleich lesen von Strauß und Hitler, dagegen vorgehen sollen. Ich würde Sie bitten, daß Sie mit allem Nachdruck das mal im Gespräch Strauß und seinen Kollegen sagen.

25 Vgl. den auf dem SPD-Parteitag vom 28. November bis 2. Dezember 1972 in Hannover verabschiedeten „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973–1985“. Ziffer 233 lautet: „[...] Diese Mitbestimmung ist nicht geeignet für kleine und mittlere Unternehmen, bei denen Eigentümer und Unternehmer identisch sind und deren Kreditwürdigkeit meist allein durch die Person des Eigentümers verkörpert wird.“

26 Anspielung auf den Beitrag von Wolfgang Horlacher „Das Doppelgesicht“ im „Bayernkurier“ vom 30. September 1972. Vgl. auch „Kieler Nachrichten“ vom 5. Oktober 1972 „Bayernkurier wiederholt den umstrittenen Satz“ sowie den Beitrag von Wilfried Scharnagl „Verschwörung finsterner Mächte“ im „Bayernkurier“ vom 7. Oktober 1972.

Barzel: Herr Langguth, einer der Witze dieses gemeinsamen Programms, ich habe das ja neulich vorgetragen, ist natürlich, daß man dann in einer solchen Diskussion sagt: „Hier haste, wat gilt!“ Ja?

Langguth: Das ganze, wenn ich das noch sagen darf, gilt im Grunde genommen auch für die fernsehwerbende CSU-Umsetzung. Ich weiß auch nicht, ob die immer sehr glücklich war in unserem Sinne.

VERSCHIEDENES

Köppler: Zwei kurze Punkte unter „Verschiedenes“. Erster Punkt: Wir werden immer wieder angesprochen auf einen Brief, den Sie bekommen haben, Herr von Hassel, von dem Herrn aus Hamburg, dem Kriminalmenschen. (*Unruhe.*) Wir werden immer wieder angesprochen. Die Frage ist, kann nicht irgendwann uns was an die Hand gegeben werden, etwa des Inhalts: Hier ist Strafantrag gestellt worden. (*Kraske:* Ja, ist gestellt.)²⁷

Punkt 2: Herr Dr. Kraske, ich habe eine dringende Bitte: Für die nächsten acht Tage. Wenn ich es richtig sehe, ist zur Zeit, was den technischen Ablauf des Wahlkampfes angeht, der größte Engpaß Oberhausen. Ob man nicht alles noch unternehmen kann, daß dort die beginnende Frustration unserer Kreispartei, was die Auslieferung des Materials angeht, behoben wird?²⁸ Das muß furchtbar sein, was sich dort abspielt, die sind offenbar personell nicht in der Lage ... (*Unruhe und Diskussion.*)

Kraske: Die Bemühungen Ihrer Unionbetriebsgesellschaft, Herr Bundesschatzmeister, die sind verstärkt worden. Ich glaube, was Sie klagen, ist schon der Anlaß gewesen für Maßnahmen, aber auch das, sobald der Parteitag rum ist, steht auf meiner Prioritätenliste.

Bewerunge: Ich wollte nur sagen, ich bin seit einer Woche fast Tag und Nacht unterwegs bei den Landesbauernverbänden. Ich finde, das läuft ausgezeichnet mit über 55 Kreisvorsitzenden. Die wollen natürlich von mir keine Deklamation: „Wir werden alles besser machen“, sondern eine Aussage, was wollt Ihr tun? Präzise muß ich dazu sagen, da entsteht etwas, wobei ich nichts erwähne, was die Fraktion nicht vorher beschlossen hat. Ich muß also bitten, daß Herr Kraske zur Verfügung steht. Ich habe mich oft bemüht, Herr Kraske, mit Ihnen in Kontakt zu kommen. Ich kann also zwar zwischenzeitlich sagen – ich bin ein freundlicher Mann – wir werden alles besser machen, aber man will eine präzise Aussage!

Barzel: Herr Bewerunge, ich kenne Ihren Brief. (*Bewerunge:* Ja.) Und wenn man dann, wie man das macht als gelernter Mann, einen Bleistift hat und an den Rand die Zahlen schreibt und die dann auf der letzten Seite dann zusammenführt, dann kommt

27 Nicht ermittelt.

28 Die Äußerung bezieht sich auf Klagen über das Versandzentrum der UBG in Oberhausen. Vgl. Schriftwechsel des Schatzmeisters Kiep mit Kraske in ACDP 07-001-5177 sowie den Rechenschaftsbericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle „Wahlkampf 1972“ (ACDP 07-001-075).

Nr. 29: 9. Oktober 1972

natürlich eine Zahl raus, die ein beachtliches Volumen hat. (*Unruhe.*) Alle unsere Programme stehen unter dem Vorbehalt der Stabilität. In unserem Programm kommt das nicht vor, wir versuchen von Programm und Planungen hier vorzugehen.

Meine Damen und Herren, es stehen keine weiteren Wortmeldungen an. (*Starke Unruhe.*)